

Noch nicht von dem Fachausschuss genehmigtes

Protokoll Nr. 19 (2023-2027)

der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Verkehr und Sicherheit im Stadtteil“ des Beirats Schwachhausen am 18.02.2026 im Ortsamt Schwachhausen/ Vahr als Hybrid-Sitzung

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:37 Uhr

Anwesend waren:

- | | |
|--|---|
| a) vom Fachausschuss | Jan Brockmann (online) (i.V. für Jens Görtz)
Jörg Findeisen
Yvonne Funke
Jörg Henschen
Wolfgang Horstmann
Klaus-Peter Land
Dr. Wolfgang Schober |
| b) als beratendes
Fachausschussmitglied | Jan Hannemann |
| c) vom Beirat | Waltraut Bergmann (online) |
| d) vom Ortsamt | Sarai Auras
Ralf Möller |

Eingangs stellt Herr Möller die Beschlussfähigkeit fest.

Das Protokoll Nr. 18 der Sitzung am 10.12.2025 wird genehmigt.

Die vorliegende Tagesordnung wird ebenfalls genehmigt.

Tagesordnung

1. Berichte
2. Antrag Kostenschätzung Umsetzung (Stadtteilbudget) „Sicherer Schulweg An der Gete/ Friedrich-Karl-Straße“
3. CDU-Antrag „Umbau des Kreuzungsbereiches Schubertstraße/ Georg-Gröning-Straße“
4. CDU-Antrag „Umbau des Kreuzungsbereiches Carl-Schurz-Straße/ Georg-Gröning-Straße“
5. CDU-Antrag „Verkehrssicherheit in der Friedhofstraße“
6. CDU-Antrag „Entfernung des Share Points für Lastenfahrräder in der Georg-Gröning-Straße Ecke Carl-Schurz-Straße“
7. Bürgerantrag: Querung der Hartwigstraße im Zuge der Radhaupttroute Benquestraße – Ergänzung des VZ 205 „Vorfahrt gewähren“
8. Bürgerantrag: Entfernung des Zusatzschildes „Grüner Pfeil“ an der Ampelanlage in der Kirchbachstraße/ Einmündung Oberkirchner Straße
9. Bürgerantrag: Radverkehrsführung in der Kurfürstenallee stadteinwärts vor der Kirchbachstraße – Trennung vom Kfz-Verkehr
10. Bürgerantrag: Radverkehrsführung Konrad-Adenauer-Allee in die Kirchbachstraße stadteinwärts – Ergänzung des VZ 209 „Gebot rechts abbiegen“ mit Zusatz 1010-52 „Radverkehr“
11. Kostenkalkulationen Stadtteilbudget: Sanierungen Carl-Schurz-Straße, Schubertstraße, Elsasser Straße
12. GMT-Standorte
13. Rettungspunkte in Park- und Grünanlagen
14. Verschiedenes

TOP 1: Berichte

Zweirichtungsverkehr Konrad-Adenauer-Allee

Herr Möller berichtet, dass im Zuge des Projekts „[Linie 2 verbindet](#)“ die Steubenstraße gesperrt und für mindestens zwei Jahre ein beidseitiger Richtungsverkehr in der Konrad-Adenauer-Allee eingeführt werde. Am 24.02.2026 um 16 Uhr finde diesbezüglich eine Informationsveranstaltung für Beiräte statt.

Sachstand Bre.Bike Stellplatz in der Schwachhauser Heerstraße vor der Ring Apotheke

Herr Möller teilt mit, dass dort Fahrradbügel aufgestellt worden seien und der Beirat bei der Aufstellung von Bre.Bike-Stellplätzen bislang nicht beteiligt worden sei. Das Ortsamt werde die zuständige Behörde diesbezüglich erneut auf die erforderliche Beteiligung des Beirats hinweisen.

Anhörung Elsasser Straße

Herr Möller berichtet, dass die von dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) vorgesehene Maßnahme – die Anordnung eines einseitigen Halteverbots für einen Teilabschnitt – in dieser Form bereits vom Beirat beschlossen worden sei.¹ Daher sei in diesem Fall keine Stellungnahme von Seiten des Gremiums erforderlich.

Sachstand Bewohnerparken

Herr Möller berichtet, dass aus dem Hause der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) mitgeteilt worden sei, dass für die Umsetzung des Konzepts zu dem aufgesetzten Parken (sowie Bewohnerparken) eine europaweite Ausschreibung für das Planungsverfahren erfolgen müsse.

Scharnhorststraße

Herr Möller teilt mit, dass in der Scharnhorststraße drei Maßnahmen laufend bzw. anstehend seien: Entsiegelungs-/ Baumschutzmaßnahmen durch die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (SUKW)², die derzeit laufende Fernwärmenahverdichtung durch die Wesernetz Bremen GmbH sowie eine [Kanalsanierung durch die Hansewasser Bremen GmbH](#). Dieser Fall zeige erneut die große Relevanz einer Koordinierungsstelle für Bauvorhaben im öffentlichen Raum.³

Versetzen von 2 VZ und T-30-Piktogramm Schwachhauser Heerstraße

Herr Möller berichtet, dass dieser Beschluss vom ASV noch unbeantwortet sei.⁴

Radweg Schwachhauser Ring (Sofortmaßnahmen/ Kostenkalkulation Stadtteilbudget)⁵

Herr Möller berichtet, dass morgen ein Ortstermin mit dem Umweltbetrieb Bremen und dem ASV stattfinden solle, zu dem das Ortsamt nicht eingeladen worden sei.

TOP 2: Antrag Kostenschätzung Umsetzung (Stadtteilbudget) „Sicherer Schulweg An der Gete/ Friedrich-Karl-Straße“

Herr Möller stellt eingangs die Historie zu diesem Vorgang vor:

¹ Siehe [Protokoll Nr. 17](#) der Verkehrsausschusssitzung am 12.11.2025 mit der Anlage 3 [Bürgerantrag und Stellungnahme - Parken Elsasser Straße](#).

² Siehe [Protokoll Nr. 25](#) der Beiratssitzung am 20.11.2025 mit der Anlage 3 [Präsentation Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft \(SUKW\): Umbaumaßnahmen und Baumschutz in der Scharnhorststraße](#).

³ Der Beirat hatte eine solche Stelle bereits mehrfach gefordert, siehe [Protokoll Nr. 20](#) der Beiratssitzung am 27.03.2025 mit der Anlage 4 [SPD-Beiratsfraktion - Antrag Schaffung einer verantwortlichen Koordinierungsstelle für Bauvorhaben im öffentlichen Raum](#).

⁴ Siehe [Protokoll Nr. 18](#) der Verkehrsausschusssitzung am 10.12.2025 mit der Anlage 5 [Antrag der CDU Fraktion auf Versetzung von 2 Verkehrszeichen an der Schwachhauser Heerstraße](#).

⁵ Siehe [Protokoll Nr. 17](#) der Verkehrsausschusssitzung am 12.11.2025 mit der Anlage 4 [Antrag SPD, B90/die Grünen und die Linke - Radweg Schwachhauser Ring](#).

Nach einer Protestaktion der Anwohnenden am 05.09.2023 habe sich dieses Gremium mit der Thematik befasst und vom ASV ein Konzept für eine Neugestaltung dieses Bereichs gefordert.⁶ Das ASV habe daraufhin mitgeteilt, dass für die Prüfung von Fußgängerüberwegen ([§ 26 Straßenverkehrsordnung](#)) (FGÜs) Verkehrszahlen von SBMS benötigt würden. Das Ortsamt habe sich über einen Zeitraum von 1,5 Jahren regelmäßig nach dem Sachstand zu der Verkehrszählung erkundigt – die Verkehrszählung sei jedoch aus verschiedenen Gründen nie durchgeführt worden (haushaltslose Zeit, Ferienzeit, jahreszeitenbedingt, Dauererkrankung). Im August 2025 habe die SBMS mitgeteilt, dass die neue [Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung \(VwV-StVO\)](#) in Kraft getreten sei und in diesem Fall keine Verkehrszählung mehr erforderlich sei. Aufgrund der Lage und Nutzung durch Schutzbedürftige könnten FGÜs grundsätzlich ohne Bedarfsnachweis über das Querungshilfenprogramm umgesetzt werden; es würde jedoch ein abgewandelter Beschluss benötigt, der explizit Fußgängerüberwege einfordere. Dieser Beschluss sei am 10.09.2025 gefasst worden.⁷ Die SBMS habe nun mitgeteilt, dass für das Jahr 2026 keine Maßnahmenumsetzung in diesem Kreuzungsbereich im Rahmen des Querungshilfenprogramms vorgesehen sei.⁸

Eine Anwohnerin weist darauf hin, dass seit Jahren Verbesserungen gefordert würden, aber nichts passiert sei. Die Markierungen auf der Fahrbahn seien zwischenzeitlich verblasst – diese sollten 2026 erneuert werden. Anstatt hier zweimal Maßnahmen durchzuführen, sollte besser eine vernünftige Umsetzung erfolgen.

Nach einiger Diskussion einigt sich das Gremium schließlich einstimmig auf folgenden Beschluss:

„Das ASV wird aufgefordert, an allen Einmündungen des Kreuzungsbereichs An der Gete/ Verdunstraße/ Elsasser Straße/ Friedrich-Karl-Straße Fußgängerüberwege („Zebrastreifen“) anzubringen und eine Kostenkalkulation im Rahmen seines Stadtteilbudgets für diese Maßnahme vorzulegen. In diesem Zusammenhang ist der Buchenweg – insbesondere hinsichtlich der Verdeutlichung der geltenden Vorfahrtsregelung – gesondert einzubeziehen.“

TOP 3: CDU-Antrag „Umbau des Kreuzungsbereiches Schubertstraße/ Georg-Gröning-Straße“

Herr Findeisen stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor, alle Einengungen in diesem Kreuzungsbereich zu entfernen und an den Einmündungen stattdessen FGÜs (Zebrastreifen) anbringen zu lassen, um Rückstau zu vermeiden und damit insbesondere Rettungsfahrzeuge schnell das Krankenhaus erreichen oder zum Einsatz verlassen könnten.⁹

Herr Land hält eine solche Maßnahme für unsinnig und Geldverschwendung. Die Einengungen dienten der Sicherheit für den Fußverkehr, weil die Wege über die Fahrbahn somit kürzer seien. Da noch kein Bewohnerparken eingeführt worden sei, gebe es ein hohes Suchverkehrsaufkommen.

Herr Henschen schließt sich dem an und sieht die Einengungen für v.a. ältere Menschen und Kinder als sinnvoll an.

Herr Dr. Schober ergänzt, dass die diese vorgezogenen Seitenräume vor Jahrzehnten vom Beirat aus Gründen der Verkehrssicherheit eingeführt worden seien.

Frau Funke und Herr Findeisen betonen, dass die Einengungen Verkehrschaos verursachten und der Rückstau die Rettungssicherheit beeinträchtige. Eine breitere Fahrbahn hingegen würde ein besseres Durchkommen der (Rettungs-)Fahrzeuge ermöglichen.

Herr Möller berichtet, dass dem Ortsamt zu den CDU-Anträgen mündliche Stellungnahmen des ASV vorlägen. Bezugnehmend auf die vorgezogenen Seitenräume merke das ASV an, dass

⁶ Siehe [Protokoll Nr. 2](#) der Verkehrsausschusssitzung am 16.11.2023 mit der Anlage 3 [Antrag zur Kreuzung An der Gete/ Elsasser Straße](#).

⁷ Siehe [Protokoll Nr. 16](#) der Verkehrsausschusssitzung mit der Anlage 2 [Antrag der CDU sicherer Schulweg – An der Gete](#).

⁸ [Nachrichtlich](#): Weiter teilte die SBMS mit, dass sich dieser Kreuzungsbereich noch in Vorprüfung befinde und noch nicht in das Querungshilfenprogramm aufgenommen worden sei. Mit einem Ergebnis werde bis Ende März 2026 gerechnet.

⁹ Der ausführliche CDU-Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

diese als Überweg für den Fußverkehr dienten und den Weg über die Fahrbahn verkürzten. Eine Verbreiterung der Fahrbahn lade zum schnelleren Fahren ein, sodass Einengungen in der Regel zur Verkehrsberuhigung beitragen. Bei einer Entfernung würden die (Einmündungs-)Bereiche vermutlich beparkt werden, sodass der erwünschte Nutzen nicht erzielt werde und parkende Kfz möglicherweise zudem die Sicht für zu Fußgehende einschränkten. Gemäß [Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen](#) würden in Tempo-30-Zonen in der Regel keine FGÜs angebracht. Diese Richtlinie sei nun nicht mehr rechtlich bindend, aber dennoch bedürfe es einer Begründung für die Erforderlichkeit von FGÜs und ggfs. einer Verkehrszählung.

Herr Findeisen weist darauf hin, dass bei der Beurteilung des ASV offensichtlich nicht berücksichtigt worden sei, dass nach einem Rückbau der Verkehrseinengungen Zebrastreifen zur Sicherheit des Fußverkehrs aufgebracht werden sollen.

Herr Henschen stellt den Antrag auf Prüfung der Ausweisung einer Einbahnstraße zwischen Schwachhauser Heerstraße und Georg-Gröning-Straße, die jedoch für Rettungsfahrzeuge in beide Richtungen befahren werden dürfe.

Herr Land merkt an, dass eine Einbahnstraße zur Reduzierung des dortigen Verkehrs führen würde; Herr Findeisen hingegen sieht die Gefahr einer Verdrängung in die umliegenden Nebenstraßen.

Herr Möller lässt zunächst über den CDU-Antrag abstimmen: Dieser gilt mit zwei Zustimmungen (CDU) und fünf Ablehnungen (SPD, Grüne, Linke) als abgelehnt.

Im Anschluss lässt Herr Möller über den Antrag von Herrn Henschen abstimmen: Dieser gilt mit fünf Zustimmungen (eine CDU, zwei SPD, zwei Grüne) und zwei 2 Gegenstimmen (eine Linke, eine CDU) gemäß der Geschäftsordnung des Gremiums nicht als Beiratsbeschluss.

TOP 4: CDU-Antrag „Umbau des Kreuzungsbereiches Carl-Schurz-Straße/ Georg-Gröning-Straße“

Herr Findeisen stellt einen Antrag auf Entfernung der vier Verkehrseinengungen im Kreuzungsbereich Carl-Schurz-Straße/ Georg-Gröning-Straße vor und weist darauf hin, dass auch in diesem Bereich die Rettungssicherheit (Durchfahrt von Rettungsfahrzeugen) verbessert würde. Zudem würde mit einem Zebrastreifen die Sicherheit für Schulkinder der anliegenden Grundschule verbessert.¹⁰

Herr Henschen stellt sogleich einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte. Aus dem Gremium gibt es keine Einwände.

Herr Möller lässt sodann über den Antrag abstimmen: Mit zwei Zustimmungen (CDU) und vier Ablehnungen kommt kein Beiratsbeschluss zustande.

TOP 5: CDU-Antrag „Verkehrssicherheit in der Friedhofstraße“

Herr Findeisen stellt den Antrag vor, alle Baken auf der Fahrbahn der Friedhofstraße entfernen zu lassen, da diese gemäß ASV fast wöchentlich angefahren würden und diese eine Radverkehrshindernis darstellten. Für die Sicherheit des Fahrradverkehrs plädiert Herr Findeisen für die Entfernung der Baken. Zudem könne das ASV mit der Entfernung der Baken Kosten einsparen.¹¹

Herr Möller berichtet, dass von Seiten des ASV hierzu mündlich mitgeteilt worden sei, dass der Bereich von der Riensberger Straße kommend rechts, angesichts der breiten Fahrbahn, gut als verkürzter Überweg geeignet sei und damit gemäß Einschätzung des ASV einen positiven Effekt erziele. Bei den anderen Schraffuren und Baken sei nicht auf den ersten Blick erkennbar, ob diese hinsichtlich der Sicherheitsaspekte zwingend erforderlich seien. Im Vorfeld wäre eine kritische Prüfung notwendig.

Herr Land merkt hierzu an, dass die Geschwindigkeiten des Kfz-Verkehrs ohne Baken weiter zunehmen würden, insbesondere auch am Einmündungsbereich Riensberger Straße, der einen

¹⁰ Der ausführliche CDU-Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

¹¹ Der ausführliche CDU-Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.

großen Kurvenradius aufweise. Leider sei dieser ursprüngliche Zustand nach Beendigung der Baumaßnahme wiederhergestellt worden.

Herr Findeisen erwidert, dass zu Beginn der Riensberger Straße, aufgrund der Kleinpflasterung und parkender Kfz, nicht zu schnell gefahren werde. Für das hohe Verkehrsaufkommen, mit u.a. Lkw-Lieferverkehren, seien die Baken hinderlich. Zudem sei der Bereich nach der Baustellephase für ca. sechs Monate ohne Baken befahrbar gewesen und habe einwandfrei und ohne Unfälle funktioniert.

Auch Herr Hannemann sieht in den Baken ein Hindernis für den Radverkehr.

Herr Brockmann stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte. Aus dem Gremium gibt es keine Einwände.

Herr Möller lässt schließlich über den Antrag abstimmen: Mit zwei Zustimmungen (CDU) und fünf Gegenstimmen (Grüne, SPD, Linke) wird kein Beiratsbeschluss erzielt.

TOP 6: CDU-Antrag „Entfernung des Share Points für Lastenfahrräder in der Georg-Gröning-Straße Ecke Carl-Schurz-Straße“

Herr Findeisen stellt einen Antrag der CDU-Fraktion vor:¹² Dieser Share-Point-Standort wird als ungünstig angesehen, da Lastenräder in die Fahrbahn ragten und beim Einparken schlecht rangiert werden könne. Zudem stelle dieser Share Point eine zusätzliche Einengung des Straßenverkehrsraums dar.

Herr Henschen hingegen hält diesen Standort für sehr sinnvoll. Zuvor hätten dort Autos geparkt; nun sei diese Örtlichkeit viel übersichtlicher. Auch das Rückwärtsausparken der Cambio-Autos auf der gegenüberliegenden Seite sei so sicherer.

Herr Brockmann stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte. Das Gremium einigt sich auf die Beendigung der Debatte nach Abarbeitung der aktuellen Redeliste.

Herr Land weist darauf hin, dass die Share Points von BreBike extra eingerichtet worden seien, damit die Räder nicht verkehrsbehindernd abgestellt würden. Der Standort habe hier eine Multi-Funktion: Er diene der Übersichtlichkeit für die Querung von insbesondere Schulkindern und werde somit nicht von Kfz beparkt. Zudem seien Räder und Autos an einem Standort ausleihbar.

Frau Funke merkt an, dass nicht das Ziel des Antrags sei, einen zusätzlichen Stellplatz zu schaffen, sondern die Örtlichkeit durchlässiger zu machen. Alternativ könnten beispielsweise Poller aufgestellt werden und der Share Point auf die gegenüberliegende Seite neben die Cambio-Station versetzt werden.

Herr Möller lässt über den CDU-Antrag abstimmen: Dieser erhält drei Zustimmungen (CDU, Linke) und vier Gegenstimmen (Grüne, SPD) und gilt damit nicht als Beiratsbeschluss.

TOP 7: Bürgerantrag: Querung der Hartwigstraße im Zuge der Radhaupttroute Benquestraße – Ergänzung des VZ 205 „Vorfahrt gewähren“

Ralf Möller stellt stellvertretend für Ullrich Horstmann einen Antrag im Namen der ADFC Stadtteilgruppe Nord-Ost zur Verbesserung der Ampelschaltung vor:¹³ Es werde beantragt, in der Benquestraße vor der Hartwigstraße beiderseits das VZ 205 „Vorfahrt achten“ aufzustellen, um somit Klarheit über die Vorfahrtsregelung für den Radverkehr zu schaffen.

Ralf Möller verweist hierzu auf eine Stellungnahme des ASV vom 11.02.2026:

[...] „Die Benquestraße ist eine Einbahnstraße, die für den Radverkehr geöffnet ist. Größtenteils, aber nicht vollständig, ist die Benquestraße zusätzlich eine Fahrradstraße. Dies ist neben der Beschilderung auch an der Markierung und Asphaltierung zu erkennen. Von der Parkallee aus kommend endet die Fahrradstraße schon 10m vor dem Kreuzungsbereich Benquestraße / Hartwigstraße. Es gelten in diesem Bereich die gleichen Rechte wie

¹² Der CDU-Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 4** angefügt.

¹³ Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 5** angefügt.

für Einbahnstraßen, die für den Radverkehr geöffnet sind, in denen sich keine Fahrradstraße befindet.

Der Ordnungsgeber sieht vor, dass bei einer Öffnung einer Einbahnstraße das Zusatzzeichen 1000-32 (Radverkehr ist in Gegenrichtung zugelassen) unter dem VZ 220 (Einbahnstraße) und das Zusatzzeichen 1022-10 (Radverkehr frei) unter dem VZ 267 (Verbot der Einfahrt) anzubringen sind. Die Benquestraße ist mit diesen Verkehrszeichen beschildert und entspricht somit den rechtlichen Vorgaben. Der Ordnungsgeber sieht bei geöffneten Einbahnstraßen abgesehen von der genannten Beschilderung keinen weiteren Handlungsbedarf.

Wir bitten zusätzlich um Beachtung, dass in den letzten Jahren keine Unfälle in dem Kreuzungsbereich Benquestraße / Hartwigstraße verzeichnet wurden. Zudem sind Einbahnstraßen, die für den Radverkehr geöffnet wurden, regelmäßig Bestandteil von bundesweiten Unfallforschungen und gelten grundsätzlich als sicher. Die zwingende Erforderlichkeit, welche der Ordnungsgeber für straßenverkehrsbehördliche Maßnahmen vorsieht, kann so nicht abgeleitet werden.“ [...]

Herr Findeisen merkt an, dass möglicherweise eine Haltlinie für den Radverkehr eine Alternative sein könne.

Herr Möller lässt über den Antrag mit abstimmen: Dieser wird mit einer Zustimmung (Grüne) und sechs Ablehnungen mehrheitlich abgelehnt.

TOP 8: Bürgerantrag: Entfernung des Zusatzschildes „Grüner Pfeil“ an der Ampelanlage in der Kirchbachstraße/ Einmündung Oberkirchner Straße

Ralf Möller stellt stellvertretend für Ullrich Horstmann einen Antrag im Namen der ADFC Stadtteilgruppe Nord-Ost zur Entfernung des Zusatzschildes „Grüner Pfeil“ an der Ampelanlage in der Kirchbachstraße an der Einmündung Oberkirchner Straße vor.¹⁴

Ralf Möller weist dazu auf eine Stellungnahme des ASV vom 11.02.2026 hin:

[...] „In der Abzweigung Oberkirchner Straße / Kirchbachstraße wurden in der Vergangenheit Konflikte zwischen Autofahrern und Fußgängern / Radfahrern beobachtet und aufgezeichnet. Zudem haben bundesweite Studien zu Grünpfeilen ergeben, dass es an Grünpfeilen zwar keine statistischen Auffälligkeiten gibt und somit nicht automatisch davon ausgegangen werden kann, dass es sich bei Grünpfeilen um Unfallschwerpunkte handelt, es aber dennoch ein erhöhtes Gefährdungspotenzial für Fußgänger und Radfahrer geben kann und die erhofften positiven Effekte für Autofahrer, wie Zeitersparnis und ein geringerer Kraftstoffverbrauch kaum bis gar nicht erreicht werden.

Da es in dem Bereich zu Konflikten gekommen ist, wird davon ausgegangen, dass die Wegnahme des Grünpfeils an dieser Stelle die Sicherheit erhöht.“ [...]

Herr Möller lässt über den Antrag abstimmen: Dieser wird bei einer Gegenstimme (SPD) mehrheitlich angenommen und gilt damit als Beiratsbeschluss.

TOP 9: Bürgerantrag: Radverkehrsführung in der Kurfürstenallee stadteinwärts vor der Kirchbachstraße – Trennung vom Kfz-Verkehr

Ralf Möller stellt stellvertretend für Ullrich Horstmann einen Antrag im Namen der ADFC Stadtteilgruppe Nord-Ost vor.¹⁵

Ralf Möller weist diesbezüglich auf eine Stellungnahme des ASV vom 17.02.2026 hin:

[...] „Die Radverkehrsführung in der Kurfürstenallee befindet sich weiterhin in der Prüfung. Es wird für Bremen ein einheitliches Vorgehen für die Nachmarkierung von Radverkehrsführungen erarbeitet, die inzwischen nicht mehr den geltenden Maßvorgaben entsprechen. Aus diesem Grund kann noch keine finale Aussage zu der Radverkehrsführung in der Kurfürstenallee getroffen werden.

¹⁴ Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 6** angefügt.

¹⁵ Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 7** angefügt.

Grundsätzlich ist es dem Radverkehr jedoch zuzumuten, gemeinsam mit dem motorisierten Individualverkehr an einer roten Ampel zu warten. Daher besteht keine zwingende Notwendigkeit, den Radverkehr vorher auf die Nebenanlage zu führen.“ [...] ¹⁶

Herr Land zeigt sich verwundert über die Aussage des ASV, die einer Förderung des Radverkehrs entgegenstehe, dass „es dem Radverkehr jedoch zuzumuten [ist], gemeinsam mit dem motorisierten Individualverkehr an einer roten Ampel zu warten.“

Den Antrag befürwortete er – die beiden Poller müssten für die Umsetzung dieser Maßnahme entfernt werden.

Wolfgang Horstmann ergänzt, dass es sich bei dieser Maßnahme um eine kostengünstige (Übergangs-)Lösung handele, weil die erforderlichen Bordsteinabsenkungen bereits vorhanden seien.

Herr Möller lässt über den Antrag abstimmen: Dieser wird – bei einer Enthaltung (Linke) – einstimmig befürwortet.

TOP 10: Bürgerantrag: Radverkehrsführung Konrad-Adenauer-Allee in die Kirchbachstraße stadteinwärts – Ergänzung des VZ 209 „Gebot rechts abbiegen“ mit Zusatz 1010-52 „Radverkehr“

Ralf Möller stellt stellvertretend für Ullrich Horstmann einen Antrag im Namen der ADFC Stadtteilgruppe Nord-Ost vor: ¹⁷

Herr Möller weist darauf hin, dass dieser Antrag obsolet sei, da in diesem Abschnitt für die nächsten mindestens zwei Jahre ein Beidrichtungsverkehr für Kfz eingeführt werde, der an dieser Stelle von der südlichen Seite über die Gleise in Richtung Norden geleitet werde. Die Radverkehrsführung sei von dem ASV noch nicht berücksichtigt worden – zurzeit werde der Radverkehr auf der Fahrbahn in beide Richtungen geführt. ¹⁸

Auf Vorschlag von Ralf Möller wird dieser Antrag zurückgestellt.

TOP 11: Kostenkalkulationen Stadtteilbudget: Sanierungen Carl-Schurz-Straße, Schubertstraße, Elsasser Straße

Ralf Möller erinnert daran, dass es am 12.11.2025 folgende Beschlussfassung dieses Gremiums gegeben habe: ¹⁹

„Der Verkehrsausschuss bittet das ASV um eine Kostenkalkulation für die bei der Begehung am 22.08.2025 in der Schubertstraße und in der Carl-Schurz-Straße besprochenen Maßnahmen zur Ertüchtigung der Straßen für den Fahrradverkehr (Anbringung eines ca. 2,50 Meter breiten Asphaltstreifens in der Fahrbahnmitte in der Schubertstraße und Carl-Schurz-Straße jeweils zwischen Georg-Gröning-Straße und Wachmannstraße).“

Von Seiten des ASV sei folgende Kostenkalkulation vorgelegt worden:

„Nach Rücksprache mit der Erhaltungsabteilung stellen sich die geschätzten Kosten für die unten aufgeführten Maßnahmen folgendermaßen dar:

- für einen ca. 2,5 Meter breiten Asphaltstreifen in der Schubertstraße ca. 133.000 € netto (= ca. 158.000€ brutto)

¹⁶ In der Sitzung des Verkehrsausschusses am 11.06.2025 (siehe [Protokoll Nr. 15](#)) wurde von dem ASV der Vorschlag unterbreitet, an den Engstellen dieses Kreuzungsbereiches das Verkehrszeichen VZ 277.1 „Verbot des Überholens von einspurigen Fahrzeugen für mehrspurige Kraftfahrzeuge und Krafträder mit Beiwagen“ anzubringen. Im Nachgang hat das ASV jedoch diesen Vorschlag revidiert und mitgeteilt, noch eine eingehende Prüfung vornehmen zu müssen. **Nachrichtlich:** Per E-Mail am 19.02.2026 teilte das ASV mit, dass voraussichtlich bis Mai 2026 eine Entscheidung herbeigeführt werden könne.

¹⁷ Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 8** angefügt.

¹⁸ **Nachrichtlich:** Per E-Mail am 25.02.2026 teilte das ASV mit, dass die „Radverkehrsführung in West-Ost-Richtung (aus Richtung Kirchbachstraße) weiterhin über die südliche Seite der Konrad-Adenauer-Allee“ erfolgen werden. „Die Radverkehrsführung in Gegenrichtung (Ost-West-Richtung) verläuft zunächst ebenfalls auf der Südseite der Konrad-Adenauer-Allee entlang der Straßenbahntrasse. Von dort wird der Radverkehr über die Ortelsburger Straße sowie die Kirchbachstraße geführt und anschließend wieder in nördlicher Richtung zum Knotenpunkt Konrad-Adenauer-Allee/Kirchbachstraße geleitet.“

¹⁹ Siehe [Protokoll Nr. 17](#).

- für einen ca. 2,5 Meter breiten Asphaltstreifen in der Carl-Schurz-Straße ca. 220.000 € netto (= ca. 262.000€ brutto)

Hinzu kommen Kosten für die Verkehrssicherung und Baustelleneinrichtung, die wir überschlägig mit ca. 30% der Baukosten ansetzen.

Da die Maßnahmen ausgeschrieben werden müssen, können sich die Preise noch verändern.“

Herr Henschen regt an, diese Maßnahmen möglichst zeitnah durch den Beirat beschließen zu lassen, da diese bereits seit Langem diskutiert würden.

Herr Findeisen merkt an, dass das vorhandene Budget nicht für die Umsetzung beider Maßnahmen ausreiche, zumal noch die Anbringung von FGÜs am Kreuzungsbereich An der Gete/ Friedrich-Karl-Straße vorgesehen seien (siehe TOP 2). Zudem wünsche er sich hierzu eine Beteiligung der Anwohner*innen.

Herr Hannemann stimmt dem zu und plädiert zunächst für die Sanierung der Carl-Schurz-Straße. Das Ortsamt könne Hauswurfsendungen mit einer Umfrage verteilen.

Herr Land merkt an, dass umfangreichere Maßnahmen in Zukunft ohnehin nicht realisierbar seien und daher keine Anwohner*innen-Beteiligung erforderlich sei.

Frau Funke findet, dass Anwohner*innen das Recht auf Beteiligung hätten, zumindest in Form einer Information.

Herr Findeisen spricht sich dafür aus, die Anwohner*innen einzuladen, wenn eine Beschlussfassung im Beirat vorgesehen sei. Auch er bevorzugt die Sanierung der Carl-Schurz-Straße.

Herr Möller lässt zunächst darüber abstimmen, eine Empfehlung an den Beirat für eine Sanierung der Carl-Schurz-Straße aus dem Stadtteilbudget abzugeben: Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu. Die Anwohnenden sollen in die Beiratssitzung, in der die Beschlussfassung vorgesehen ist, eingeladen werden.

Anschließend lässt Ralf Möller darüber abstimmen, eine Empfehlung an den Beirat für eine Sanierung der Schubertstraße aus dem Stadtteilbudget abzugeben: Mit fünf Zustimmungen und zwei Gegenstimmen (CDU) gibt es keine einstimmige Empfehlung an den Beirat für die Umsetzung dieser Maßnahme aus dem Stadtteilbudget.

Weiter weist Herr Möller darauf hin, dass der Beirat in seiner Sitzung am 11.12.2025 mehrheitlich folgenden Beschluss gefasst habe:²⁰

„Der Beirat Schwachhausen bittet das Amt für Straßen und Verkehr um eine Kostenschätzung für eine 2,50 m breite Asphaltdecke auf der Elsasser Straße zwischen der Hausnummer 75 und der Straßburger Straße (bis zur Sinusschwelle).“

Das ASV habe dazu folgende Stellungnahme abgegeben:

[...] „Aus Sicht der Straßenerhaltung ist das genannte Teilstück der Elsasser Straße in einem verkehrssicheren Zustand.

Die Kostenschätzung beläuft sich auf 57.532,- € ohne Verkehrssicherung, die im Schnitt bei rund 30% der Straßenbaukosten liegen. Also sind wir bei gut 70.000,-€ für diese kleine Fläche von 130m².

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, diese Maßnahme vor dem Hintergrund der Unwirtschaftlichkeit einer erneuten Prüfung und Abwägung zu unterziehen.“ [...]

Ralf Möller lässt sodann darüber abstimmen, eine Empfehlung an den Beirat für eine Sanierung der Elsasser Straße in dem genannten Abschnitt aus seinem Stadtteilbudget abzugeben: Mit fünf Zustimmungen und zwei Gegenstimmen (CDU) kommt keine einstimmige Empfehlung an den Beirat zustande.

TOP 12: GMT-Standorte

Ralf Möller erinnert daran, dass die drei Geschwindigkeitsmesstafeln (GMT) des Beirats aktuell und seit vier Monaten in der Kirchbachstraße, im Schwachhauser Ring und in der Hollerallee angebracht seien und demnach (laut Festlegung dieses Gremiums) wieder versetzt könnten. Die

²⁰ Siehe [Protokoll Nr. 26](#).

Messergebnisse des Schwachhauser Rings und der Hollerallee seien – im Gegensatz zur Kirchbachstraße – unauffällig.

Es sei vorgeschlagen worden, den Standort in der Kirchbachstraße beizubehalten, die Gegenfahrbahn der Kirchbachstraße um eine weitere GMT zu ergänzen sowie eine GMT in der Ostpreußischen Straße zwischen Marienburger Straße und Tannenbergstraße aufzustellen.²¹ Hierbei handele es sich um ein Bürgeranliegen. Vergangene Messungen sowie Lasermessungen durch die Polizei an diesem Standort hätten jedoch keine signifikanten Auffälligkeiten ergeben.

Herr Findeisen regt als Standort die Schwachhauser Heerstraße vor dem Kippenberg-Gymnasium an sowie für einen späteren Zeitraum die Schwachhauser Heerstraße zwischen Schubertstraße und Hollerallee.

Das Gremium einigt sich einstimmig auf folgende drei Standorte:

- Kirchbachstraße – Standort beibehalten;
- Kirchbachstraße – Gegenfahrbahn um eine weitere GMT ergänzen;
- Schwachhauser Heerstraße vor dem Kippenberg-Gymnasium.

TOP 13: Rettungspunkte in Park- und Grünanlagen

Herr Möller verweist in diesem Zusammenhang auf einen Bericht des WESER-KURIERS vom 29.01.2026 [„Rettungspunkte helfen im Notfall“](#). Rettungspunkte könnten in Grünanlagen (z.B. Bürgerpark) festgelegt werden, damit Personen im Notfall von Rettungskräften leichter aufgefunden werden könnten. Die Kosten für acht Rettungspunkte (=Beschilderung) beliefen sich insgesamt auf 474 €.

Das Gremium verständigt sich darauf, das Thema nochmals im Koordinierungsausschuss aufzurufen.

TOP 14: Verschiedenes

Herr Henschen erkundigt sich nach den Sachständen zu folgenden Beschlüssen:

- Verbesserungen des Kreuzungsbereichs Crüsemannallee/ Emmastraße²²;
- Verbesserung der Beleuchtung in der Metzger Straße.²³

Herr Möller erwidert, dass das Ortsamt vom ASV leider keine Informationen über den Zeitpunkt der Umsetzung erhalte.

Ein Bürger weist darauf hin, dass es Am Stern oftmals Konflikte gebe, wenn der Radverkehr von der Wachmannstraße in den Stern einbiege und Kraftfahrzeuge den Stern an der Parkallee verließen. Sobald sich der Radverkehr im Kreisel befinde, müssten Kraftfahrzeuge die Vorfahrt achten – diese werde jedoch oft missachtet.

Ralf Möller erwidert, dass es Am Stern nur noch wenige Verbesserungsmöglichkeiten gebe, bietet aber an, das Thema zu einem späteren Zeitpunkt nochmals aufzugreifen.

²¹ Siehe [Protokoll Nr. 16](#) der Verkehrsausschusssitzung am 10.09.2025.

²² Seit Oktober 2024 hat der Beirat Schwachhausen folgende Maßnahmen beschlossen: Versetzen der Stoppschilder, die Anbringung von Haltlinien an den Stoppschildern, Nachmarkierung der vorhandenen Schraffuren sowie die Anbringung weiterer Schraffuren an den Einmündungsbereichen, die Anbringung eines Tempo-30-Piktogramms und das Versetzen der Verkehrszeichen „Geschwindigkeit 30 km/h“ in der Emmastraße zur besseren Sichtbarkeit.

²³ Stellungnahme des ASV vom 16.12.2025: „Den o.g. Antrag auf eine zusätzliche Beleuchtung in der Metzger Straße haben wir geprüft. Die Straße ist mit konventionellen rundumstrahlenden Kleinleuchten mit 4m Lichtpunkthöhe ausgeleuchtet. Die Beleuchtung entspricht dem in Bremen üblichen „Bremer Standard“ im unteren Bereich.

Um das Beleuchtungsniveau und die Gleichmäßigkeit der Beleuchtung für die gesamte Straße zu erhöhen, müssen die Bestandsleuchten gegen technische LED-Leuchten mit einer Lichtpunkthöhe von 5m und 2.600lm getauscht und eine zusätzliche Leuchte gleichen Typs zwischen der Kurfürstenallee und der 1. Bestandsleuchte ergänzt werden.

Zur Finanzierung der Baumaßnahme werden wir im folgenden Haushaltsjahr entsprechende Haushaltsmittel anfordern. Ob die angeforderten Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, kann aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation in Bremen leider nicht gesagt werden.“

Ralf Möller kündigt folgende Termine an:

Donnerstag, 26.02.2026, 19:30 Uhr Nächste Beiratssitzung

Mittwoch, 15.04.2026, 18:30 Uhr Fachausschusssitzung „Verkehr und Sicherheit im Stadtteil“

Sprecher

Vorsitz

Protokoll

Findeisen

Möller

Auras